

Dringliche Interpellation Fraktion SP (Peter Marbet, SP): Polizeieinsatz an der Miss-Schweiz-Wahl: Ist das verhältnismässig?

Am 11. Oktober 2014 fand auf dem Bundesplatz die Miss-Schweiz-Wahl statt. Eine Personengruppe wollte Kritik an diesem Anlass kundtun, in dem sie Transparente in die Höhe hielt und Flyer verteilte. Die Gruppe hat sich gewaltfrei und friedlich verhalten. Dennoch wurden diese Personen in kürzester Zeit von Polizisten eingekreist und abgeführt, mit Kabelbindern gefesselt und auf dem Posten zum Teil fotografiert und einer Nacktkontrolle unterzogen. Die SP Fraktion erachtet die Anhaltungen, von zum Teil auch minderjährigen Personen, die zu keiner Zeit eine Gefahr für die Öffentlichkeit darstellten oder irgendeinen Schaden anrichteten als völlig übertrieben und unverhältnismässig. Wir erachten eine solche Beschneidung der Meinungsäusserungs- und Versammlungsfreiheit sowie Beschränkung des öffentlichen Raumes als nicht tolerierbar.

Wir bitten den Gemeinderat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wer hat den Polizeieinsatz angeordnet und wie lautete der Auftrag an die Kantonspolizei?
2. Wie viele Polizistinnen und Polizisten waren im Einsatz?
3. Gemäss welcher Grundlage wurden die Personen vom Bundesplatz weggewiesen und später zur Personenkontrolle auf die Wache gebracht?
4. Ging von den Angehaltenen zu irgendeinem Zeitpunkt eine Gefahr für die Öffentlichkeit aus und, wenn Ja, welche?
5. Aus welchem Grund wurden die Personen mit Kabelbindern gefesselt, und was rechtfertigt das Fotografieren und die Nacktkontrolle von zum Teil Minderjährigen?
6. Welche Straftat wird den Angehaltenen vorgeworfen? Mit was für einem Strafmass haben sie zu rechnen?
7. Erachtet der Gemeinderat diesen Einsatz als gerechtfertigt und verhältnismässig?
8. Bei einem unverhältnismässigen Einsatz seitens Polizei: Wie und wann interveniert der Gemeinderat bei der Polizei?

Begründung der Dringlichkeit

Die Diskussion muss jetzt geführt werden, damit solche Polizeieinsätze und Einschränkungen des öffentlichen Raumes und der demokratischen Grundrechte aufhören. Ausserdem ist es sinnvoller, die Fragen direkt nach einem Einsatz zu stellen und zu klären.

Bern, 16. Oktober 2014

Erstunterzeichnende: Peter Marbet

Mitunterzeichnende: Stefan Jordi, Annette Lehmann, Gisela Vollmer, Rithy Chheng, Benno Frauchiger, Lukas Meier, Lena Sorg, Michael Sutter, David Stampfli, Patrizia Mordini, Marieke Kruit, Hasim Sönmez, Bettina Stüssi, Johannes Wartenweiler, Fuat Köçer, Halua Pinto de Magalhães, Katharina Altas, Thomas Göttin, Yasemin Cevik, Nadja Kehrl-Feldmann